

Die Militäroperationen der Europäischen Union – Teil 1

Nicolas-Jean Brehon - 17 Mär 2026

Die Europäische Union hat ihre militärischen Maßnahmen von der territorialen Krisenbewältigung hin zu einer umfassenden strategischen und materiellen Unterstützung weiterentwickelt. Seit 2021 markiert die Europäische Friedensfazilität einen bedeutenden Wendepunkt, indem sie direkt tödliche Ausrüstung und die Ausbildung von Partnern finanziert. Dieser Wandel legt nun den Schwerpunkt auf technologische und finanzielle Unterstützung, insbesondere in der Ukraine. Die Studie erfasst alle militärischen Operationen Europas seit 2003.



[Wahlen](#) | [Stiftung](#) | [Kommission](#) | [Parlament](#) | [Rat der Europäischen Union](#) | [Diplomatie](#) |

[Frankreich](#) | [Irland](#) | [Polen](#) | [Slowenien](#) | [Armenien](#) | [Georgien](#) |

[Republik Moldau](#) | [Norwegen](#) | [Ukraine](#) | [Berichte / Studien](#) | [Kultur](#) | [Sport](#) |

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

■ **Wahlen :**



Parlamentswahlen in Ungarn am 12. April

Kurz vor den Parlamentswahlen am 12. April in Ungarn scheint Viktor Orbán mehr denn je in Bedrängnis zu sein. Die jüngste Umfrage vom 11. März sieht seinen Hauptkonkurrenten Peter Magyar (Tisza) an der Spitze der Wahlabsichten. Nach 16 Jahren an der Macht lässt sich der Vertrauensverlust gegenüber Viktor Orbán insbesondere durch eine Rekordinflation, einem Wachstum nahe Null (0,4 % im Jahr 2025) und diplomatische Spannungen mit der Europäischen Union und seinen Nachbarn erklären. Angesichts dieser Gefahr einer Niederlage kommen Befürchtungen hinsichtlich möglicher ausländischer Einmischungen auf. [Fortsetzung](#)

■ Stiftung :



Europäische Integration und religiöse Identitäten

Im Rahmen des Monats der Frankophonie veranstaltet die Joseph-Karolyi-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Robert-Schuman-Stiftung sowie deutschen und italienischen Stiftungen am 20. und 21. März ein Kolloquium mit dem Titel "Europäische Integration und religiöse Identitäten". [Fortsetzung](#)



NextGenEU: Grünes Licht für den Antrag Deutschlands

Am 13. März hat die Europäische Kommission den dritten Zahlungsantrag Deutschlands in Höhe von 4,6 Milliarden Euro im Rahmen des europäischen Konjunkturprogramms "Next Generation EU" genehmigt. Die Stiftung bietet eine Begleitung der Umsetzung des Konjunkturprogramms in jedem Land an. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Kommission :



Maßnahmen zur Förderung sauberer Energien, einschließlich der Kernenergie

Am 10. März stellte die Europäische Kommission mehrere Initiativen vor, die darauf abzielen, Investitionen in saubere Energien anzukurbeln. Dieses "Energiepaket" soll die Energieversorgungssicherheit stärken, die Preise senken und die Abhängigkeit der Union von importierten fossilen Brennstoffen verringern. Diese Strategie ermöglicht Investitionen in spezifische Energieinfrastrukturprojekte in Partnerschaft mit der Europäischen Investitionsbank-Gruppe. Das Paket "Energie für die Bürger" wird es ermöglichen, den Verbrauchern erschwingliche Energie zur Verfügung zu stellen. Schließlich stellt die Europäische Kommission erstmals eine Strategie für kleine modulare Reaktoren (SMR) vor, um deren Einführung in der Union bis 2030 zu beschleunigen. [Fortsetzung](#)

■ Parlament :



Urheberrechtsschutz im Zeitalter der künstlichen Intelligenz

Am 10. März verabschiedeten die Europaabgeordneten Empfehlungen zum Schutz urheberrechtlich geschützter Werke vor deren Nutzung durch künstliche Intelligenz. Sie sind der Ansicht, dass die Nutzung urheberrechtlich geschützten Materials durch generative KI-Systeme transparent sein und angemessen vergütet werden muss, während die Urheber die Möglichkeit haben müssen, dieser Nutzung zu widersprechen. Was die Presse betrifft, fordern die Abgeordneten die Europäische Kommission auf, diesen Sektor zu schützen, um den Medienpluralismus und die Informationsvielfalt zu gewährleisten, insbesondere durch die Vermeidung einer selektiven Verarbeitung von Informationen durch KI. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Einrichtung eines europäischen Talentpools

Am 10. März stimmten die Europaabgeordneten für die Einrichtung einer digitalen Plattform namens "Europäischer Talentpool", um Stellenangebote in den Ländern der Europäischen Union mit Arbeitssuchenden aus Drittstaaten zusammenzuführen. Die Union und die Mitgliedstaaten sind in vielen Branchen mit Arbeitskräftemangel und Fachkräftemangel konfrontiert. Dieser Pool soll den Mitgliedstaaten helfen, diese Engpässe zu beheben und gleichzeitig die Attraktivität der Union für Talente aus Drittländern zu stärken. Die Stiftung hat kürzlich eine Studie zu diesem Thema veröffentlicht. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Bericht über die Erweiterung der Union

Am 11. März verabschiedeten die Europaabgeordneten einen Bericht, in dem sie bekräftigen, dass die Erweiterung eine strategische Antwort auf die geopolitische Lage und eine entscheidende Investition in die Sicherheit und Stabilität der Union darstellt, da die Kosten einer Nicht-Erweiterung die Kosten für den Beitritt neuer Mitglieder zur Union übersteigen könnten. Der Bericht fordert den Rat auf, alle Hindernisse für den Beitritt zu beseitigen, sobald die Ambitionen der Beitrittskandidaten mit konkreten Reformen einhergehen. Die Abgeordneten fordern eine verstärkte Überwachung der Reformen in den Beitrittskandidatenländern und sprechen sich für die Bereitstellung angemessener Heranführungshilfen im Rahmen des neuen mehrjährigen Finanzrahmens aus. Die Stiftung hat kürzlich eine Analyse zu diesem Thema veröffentlicht. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Vorschläge zum Aufbau eines gemeinsamen Verteidigungsmarktes

Am 11. März haben die Europaabgeordneten Vorschläge zum Aufbau eines gemeinsamen Verteidigungsmarktes der Europäischen Union angenommen. Um die industrielle und technologische Basis der europäischen Verteidigung zu stärken, sprechen sich die Abgeordneten für einen Ansatz aus, der auf dem Grundsatz "in Europa einkaufen" beruht. Die Ukraine sollte ebenfalls als integraler Bestandteil des Verteidigungsmarktes der Union behandelt werden. Schließlich wiesen die Abgeordneten auf gravierende Mängel bei den Verteidigungskapazitäten hin und forderten die Mitgliedstaaten auf, ihre Vorzeigeprojekte im Rahmen des Fahrplans zur Verteidigungsbereitschaft bis 2030 rasch auf den Weg zu bringen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Neue Vorschriften zum Schutz von Reisenden bei unvorhergesehenen Ereignissen

Am 12. März haben die Europaabgeordneten die Überarbeitung der Vorschriften für Pauschalreisen verabschiedet. Die aktualisierte Richtlinie enthält eine klarere Definition von Pauschalreisen, führt Vorschriften für die Verwendung von Gutscheinen ein und erweitert die Bedingungen für eine stornierungsfreie Stornierung im Falle außergewöhnlicher Umstände am Reiseziel oder am Abreiseort. Diese Aktualisierung wird einen besseren Schutz für Verbraucher gewährleisten, die solche Leistungen buchen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Neues "Rahmenabkommen" mit der Kommission

Am 11. März gaben die Europaabgeordneten grünes Licht für die Reform des Rahmenabkommens, das die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission regelt. Das Abkommen legt mehrere wichtige Grundsätze fest, darunter die Übermittlung umfassender Informationen, damit das Parlament seine legislativen und haushaltspolitischen Aufgaben wahrnehmen kann, sowie die regelmäßige Teilnahme der EU-Kommissare an den Plenarsitzungen des Parlaments. Der Text sieht außerdem vor, dass die Europäische Kommission das Parlament auffordern kann, sich im Eilverfahren zu einem Vorschlag zu äußern, wodurch die Bedingungen für die Ausübung der Notfallbefugnisse durch die Kommission geklärt werden. [Fortsetzung](#)

■ Rat der Europäischen Union :



Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister

Am 10. März tauschten sich die Wirtschafts- und Finanzminister über die Integration der Kapitalmärkte der Union aus. Sie sprachen sich für eine Beschleunigung der Arbeiten aus, um die Wettbewerbsfähigkeit der Union zu stärken. Darüber hinaus legten sie den maximalen Nettoausgabenpfad für Irland fest, während die gezielten Änderungen Estlands an seinem Plan für Wiederaufbau und Resilienz gebilligt wurden. Die Minister tauschten sich zudem im Hinblick auf die Vorbereitung zweier Treffen aus: des Treffens der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der G20 sowie der Frühjahrstagung des IWF. [Fortsetzung](#)



Treffen der für Sozialpolitik zuständigen Minister

Am 9. März forderten die für Beschäftigung und Soziales zuständigen Minister die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, in die Kinder zu investieren, um Armut zu bekämpfen und das Wohlergehen der Kinder zu gewährleisten. Im Rahmen des Europäischen Semesters verabschiedeten die Minister den gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2026, billigten eine Empfehlung zum Humankapital, um dem Arbeitskräftemangel und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, und tauschten sich über das Angebot an hochwertigen Arbeitsplätzen im Zeitalter der künstlichen Intelligenz aus. Schließlich billigten sie die Umsetzung der Jugendgarantie und erörterten die Bemühungen, den Kreislauf der Armut zu durchbrechen. [Fortsetzung](#)



Treffen der Eurogruppe

Am 9. März trafen sich die Finanzminister der Eurogruppe unter dem Vorsitz des griechischen Ministers Kyriakos Pierrakakis in Brüssel. Vor dem Hintergrund der anhaltenden geopolitischen Instabilität im Nahen Osten erörterten die Minister die Entwicklung der Energiepreise und die Auswirkungen auf den Euroraum. Der EU-Wirtschaftskommissar Valdis Dombrovskis warnte vor einem "schwerwiegenden stagflationären Schock". Die Minister prüften zudem den Entwurf des belgischen Haushaltsplans für 2026 sowie die jüngsten Entwicklungen im Bereich der digitalen Finanzen, um die potenziellen Vorteile für das Finanzsystem der Union zu bewerten. [Fortsetzung](#)

■ Diplomatie :



G7-Treffen zum Nahen Osten

Am 11. März trafen sich die Staats- und Regierungschefs der G7 per Videokonferenz, um die wirtschaftlichen Folgen des Krieges im Nahen Osten zu erörtern. Sie einigten sich darauf, eine Koordinierung einzurichten, um die Wiederherstellung der Freiheit der Schifffahrt in der Region vorzubereiten, sowie eine Koordinierung zwischen den G7-Ländern und den Golfstaaten hinsichtlich der wirtschaftlichen Folgen des Krieges in der Region zu etablieren. Zudem begrüßten die Staats- und Regierungschefs die auf Initiative der G7 vorbereitete Ankündigung der Internationalen Energieagentur, bis zu 400 Millionen Barrel aus den strategischen Reserven freizugeben. Schließlich bekräftigten sie ihre Einigkeit und ihre Entschlossenheit, die Sanktionen gegen Russland fortzusetzen. [Fortsetzung](#)



Verlängerung der Sanktionen wegen Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine

Am 14. März beschloss der Rat, die restriktiven Maßnahmen gegen Personen, die für Handlungen verantwortlich sind, welche die territoriale Integrität, die Souveränität und die Unabhängigkeit der Ukraine beeinträchtigen oder bedrohen, bis zum 15. September 2026 zu verlängern. Diese individuellen Maßnahmen gelten für rund 2 600 Personen und Organisationen und umfassen Reisebeschränkungen, das Einfrieren von Vermögenswerten sowie das Verbot, den in der Liste aufgeführten Personen Gelder oder andere wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Konferenz der Botschafter der Europäischen Union

Vom 9. bis 13. März versammelte die jährliche Konferenz der Botschafter der Europäischen Union in Brüssel mehr als 145 Botschafter und Delegationsleiter der Union aus aller Welt, um sich über die Perspektiven für die Anpassung und Neupositionierung der Union auszutauschen. In ihrer Eröffnungsrede nannte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, drei Bereiche, in denen die Union ihre Stärke entschlossener zur Geltung bringen muss: Sicherheit und Verteidigung, Investitionen und Handel sowie die Weiterentwicklung der europäischen Diplomatie. Diese Schlussfolgerungen wurden von der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Kaja Kallas, geteilt, die erklärte, die Union müsse das Gegengewicht zu der sich derzeit bildenden autokratischen Achse bilden, während der Ratspräsident, António Costa, dazu aufrief, die regelbasierte internationale Ordnung zu verteidigen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#) - [Andere Links](#)



Strategische Partnerschaft mit Aserbaidschan

Am 11. März bekräftigten der Präsident des Europäischen Rates, António Costa, und der Präsident der Republik Aserbaidschan, İlham Aliyev, ihren Willen, ihre strategische Partnerschaft zu stärken. Im Mittelpunkt der Gespräche standen der Ausbau der Zusammenarbeit im Energiebereich, insbesondere im Rahmen des Südlichen Gaskorridors, sowie die Vertiefung der Beziehungen in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Konnektivität durch Infrastrukturprojekte wie die Modernisierung des Eisenbahnnetzes. Schließlich betonten beide Staatshäupter die Bedeutung des politischen Dialogs und bekräftigten ihre Unterstützung für den Normalisierungsprozess zwischen Aserbaidschan und Armenien im Interesse der Stabilität im Südkaukasus. [Fortsetzung](#)

■ Frankreich :



Weltgipfel zur Kernenergie

Am 10. März trafen sich mehr als 60 Länder, globale Wirtschaftsakteure und internationale Organisationen der Kernenergiebranche in Paris zu einem Weltgipfel zur Kernenergie. Sie diskutierten insbesondere über die Notwendigkeit, die Kernenergie als Instrument im Kampf gegen den Klimawandel, für Energiesouveränität und Wettbewerbsfähigkeit weiterzuentwickeln. Sie betonten die zentrale Rolle, die die Kernenergie bei der Bereitstellung sauberer, zuverlässiger, erschwinglicher und sicherer Energie vor dem Hintergrund steigender Stromnachfrage und geopolitischer Spannungen spielt. Zum Abschluss des Gipfels wurden zwei Erklärungen veröffentlicht, um einerseits den Willen zur Förderung der Kernenergie im Rahmen des weltweiten Übergangs zu kohlenstoffarmen Energiesystemen zu bekräftigen und andererseits zu einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit sowie zur Erleichterung des Zugangs zu Finanzmitteln aufzurufen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Irland :



Treffen zwischen dem irischen und dem britischen Premierminister

Der britische Premierminister Keir Starmer und sein irischer Amtskollege, Taoiseach Micheál Martin, trafen sich anlässlich des zweiten Gipfeltreffens zwischen Großbritannien und Irland in Cork. Sie bekräftigten die Notwendigkeit und den Willen beider Länder, ihre Beziehungen zu stärken, insbesondere vor dem Hintergrund des Konflikts im Nahen Osten. Nach ihrem Gespräch veröffentlichten sie eine gemeinsame Erklärung mit dem Titel "Geteiltes Wohlergehen, geteilte Meere, geteilte Verbindungen", in der sie die Perspektiven für eine Zusammenarbeit auflisteten. Außerdem unterzeichneten sie eine Absichtserklärung im Bereich Sicherheit, in der sich beide Länder zum Schutz von Unterseekabeln und kritischer Unterwasserinfrastruktur verpflichteten. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Polen :



Die Regierung will das SAFE-Programm trotz des Vetos des Präsidenten umsetzen

Am 13. März hat sich die polnische Regierung unter Donald Tusk verpflichtet, das europäische Programm "Security Action for Europe" (SAFE) trotz des Vetos von Präsident Karol Nawrocki umzusetzen. Mit Darlehen in Höhe von 150 Milliarden Euro soll dieser Mechanismus gemeinsame europäische Investitionen in Rüstung, Munition und kritische Infrastruktur angesichts der russischen Bedrohung unterstützen. Als Hauptnutznießer dieser Maßnahme könnte Polen fast 43,7 Milliarden Euro mobilisieren, um die Verteidigungskapazitäten des Landes zu stärken und den "östlichen Schutzschild" der Union und der NATO zu festigen. Um das Veto des Präsidenten zu umgehen, plant die Regierung, auf den Fonds zur Unterstützung der Streitkräfte zurückzugreifen, ein bestehendes Haushaltsinstrument, das die effektive Mobilisierung dieser Finanzmittel gewährleistet. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Bilaterale Zusammenarbeit mit Schweden

Vom 10. bis 12. März stattete der schwedische König auf Einladung von Präsident Karol Nawrocki Polen einen offiziellen Staatsbesuch ab, um die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu stärken. Vor dem Hintergrund der regionalen Lage, die durch den Krieg in der Ukraine geprägt ist, drehten sich die Gespräche um die Vertiefung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in der Ostsee, insbesondere durch den Aufbau gemeinsamer Verteidigungskapazitäten, die Intensivierung von Manövern und den Schutz kritischer Infrastrukturen. Der polnische Präsident betonte zudem die Bedeutung der Handels- und Technologiepartnerschaft und wies darauf hin, dass rund 700 schwedische Unternehmen in Polen investieren und der bilaterale Handel weiter wächst. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Slowenien :



Aktuelle Umfragen im Vorfeld der Parlamentswahlen

Im Vorfeld der slowenischen Parlamentswahlen am 22. März zeigen die jüngsten Meinungsumfragen, die das Institut Valicon im Auftrag von Siol durchgeführt hat, einen knappen Abstand zwischen den beiden größten politischen Parteien. Die rechtsgerichtete Slovenska demokratska stranka (SDS) und die Mitte-Links-Partei Gibanje Svoboda (GS) liegen nun Kopf an Kopf und liefern sich ein äußerst knappes Duell um den ersten Platz. Auf den hinteren Plätzen würden mehrere Parteien wie die Demokrati (Mitte-rechts), die Socialni demokrati (Sozialdemokraten) und die gemeinsame Liste Levica Vesna (Links-Grüne) laut Wahlabsichten etwa 6 % erreichen, was eine zunehmende Polarisierung der slowenischen politischen Landschaft offenbart. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#) - [Andere Links](#)

■ Armenien :



Besuch des armenischen Premierministers in Straßburg

Am 11. März reiste der armenische Ministerpräsident Nikol Paschinjan nach Straßburg, wo er vor den Abgeordneten des Europäischen Parlaments eine Rede hielt. Er sprach insbesondere über die im August 2025 offiziell besiegelte Friedensvereinbarung zwischen Armenien und Aserbaidschan sowie über das Bestreben seines Landes, der Europäischen Union beizutreten. Er hob hervor, dass sein Land das Gesetz zur Einleitung des Beitrittsprozesses zur Union verabschiedet habe. Er erklärte, eines der größten Hindernisse auf dem Weg zur Integration Armeniens in die Union sei der Stillstand des politischen Dialogs mit Georgien, dessen Wiederaufnahme er forderte. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Georgien :



Erklärung des Weimarer Dreiecks zu neuen repressiven Gesetzen in Georgien

Am 10. März veröffentlichten die Außenminister Frankreichs, Deutschlands und Polens eine gemeinsame Ministererklärung zur Verabschiedung von Gesetzesänderungen durch Georgien am 4. März, die sich auf ausländische Finanzierungen und politische Aktivitäten beziehen. Sie bedauern die Verabschiedung dieser neuen Gesetze, die die staatliche Kontrolle über politische und gesellschaftliche Aktivitäten in Georgien ausweiten, die Vereinigungs- und Meinungsfreiheit beeinträchtigen und die Rechtsstaatlichkeit schwächen. [Fortsetzung](#)

■ Republik Moldau :



Treffen mit dem litauischen Präsidenten

Am 10. März reiste die moldauische Präsidentin Maia Sandu nach Litauen, wo sie ihren Amtskollegen Gitanas Nausėda traf. Der litauische Präsident bekräftigte die Unterstützung seines Landes für Moldawien im Kampf gegen die beispiellosen hybriden Angriffe Russlands sowie für dessen Bestrebungen, ebenso wie die der Ukraine, spätestens 2030 Vollmitglied der Europäischen Union zu werden. Er betonte zudem, dass Litauen bereit sei, seine Erfahrungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien mit Moldawien zu teilen, insbesondere in den Bereichen E-Governance und Cybersicherheit. Darüber hinaus forderte er das Land auf, seine militärischen Kapazitäten zu stärken, und bekräftigte, dass sich die militärische Hilfe Litauens für Moldawien zwischen 2026 und 2028 auf 6 Millionen Euro belaufen werde. [Fortsetzung](#)



Sicherheitszusammenarbeit mit der Europäischen Union und der NATO

Am 11. März wurde der moldauische Außenminister Mihai Popșoi in Brüssel vom NATO-Generalsekretär Mark Rutte und der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Kaja Kallas, empfangen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Fortschritte im Beitrittsprozess Moldawiens zur Europäischen Union, die Stärkung der Zusammenarbeit mit der NATO sowie die internationale Unterstützung für die Sicherheitsresilienz des Landes. Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine betonte der Minister die Bedeutung konkreter Mechanismen wie der Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft, einem europäischen Kooperationsrahmen, und der Europäischen Friedensfazilität, die die moldauischen Streitkräfte finanziert und modernisiert und damit die Sicherheit des Landes unmittelbar stärkt. [Fortsetzung](#)

■ **Norwegen :**



Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den nordischen Ländern und Kanada

Am 15. März verabschiedeten die Ministerpräsidenten Kanadas, Dänemarks, Finnlands, Islands, Norwegens und Schwedens in Oslo eine gemeinsame Erklärung zur Stärkung der strategischen Zusammenarbeit zwischen Kanada und den nordischen Ländern. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die euro-atlantische Sicherheit und die Stabilität in der Arktis sowie der Ausbau der industriellen Verteidigungskapazitäten und die Widerstandsfähigkeit gegenüber hybriden Bedrohungen. Die Staats- und Regierungschefs sprachen über die Stärkung der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Technologie und Energie, insbesondere in den Bereichen Innovation und grüner Wandel. Sie bekräftigten zudem ihr Bekenntnis zu einer rechtsstaatlichen internationalen Ordnung, zur Souveränität der Staaten und zur Unterstützung der Ukraine und verpflichteten sich zu einem regelmäßigen politischen Dialog, um ihre Partnerschaft zu stärken. [Fortsetzung](#)

■ Ukraine :



Der ukrainische Präsident in Rumänien und Frankreich

Am 12. März reiste der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj nach Rumänien, wo er seinen Amtskollegen Nicusor Dan und Premierminister Ilie Bolojan traf. Sie unterzeichneten ein Abkommen über strategische Partnerschaft, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Energie und militärische Zusammenarbeit. Dieser sieht insbesondere den Bau von Drohnen in Rumänien vor, wobei im Rahmen des SAFE-Programms auf ukrainisches Fachwissen zurückgegriffen wird. Am 13. März reiste der ukrainische Präsident nach Paris, wo er seinen Amtskollegen Emmanuel Macron traf. Sie sprachen über die Lage im Nahen Osten, die Verschärfung der Sanktionen gegen Russland und die Intensivierung der Unterstützung für die Ukraine. Darüber hinaus bekräftigte Emmanuel Macron, dass die Ukraine die Eröffnung der ersten Verhandlungskapitel im Hinblick auf ihren Beitritt zur Europäischen Union verdiene. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Berichte / Studien :

Beispiellose Anstrengungen zur Stabilisierung des Ölmarktes

Am 11. März beschlossen die 32 Mitgliedsländer der Internationalen Energieagentur einstimmig, die größte koordinierte Freigabe von Ölvorräten in ihrer Geschichte vorzunehmen und die Freigabe von 400 Millionen Barrel Öl aus ihren strategischen Reserven auf den Markt zu genehmigen. Diese Maßnahme zielt darauf ab, die Störungen der weltweiten Versorgung abzumildern, die durch die Verschärfung des Konflikts im Nahen Osten und die Sperrung der Straße von Hormus verursacht wurden und zu einem erheblichen Rückgang der Produktion sowie zu starken Preisschwankungen geführt haben. Diese Entscheidung der Mitgliedsländer steht im Einklang mit ihren Verpflichtungen im Bereich der internationalen Energiesicherheit, um die Märkte zu stabilisieren und die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft zu begrenzen. [Fortsetzung](#)



Deportation ukrainischer Kinder: Die UNO spricht von Verbrechen gegen die Menschlichkeit

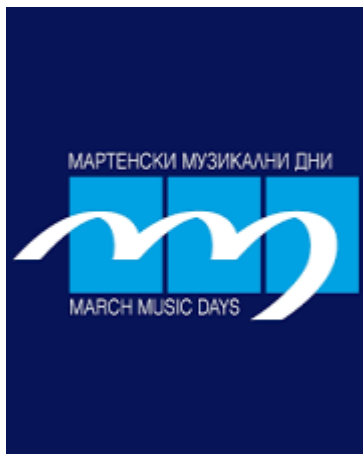
Am 12. März kam ein Bericht, der dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen von der Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission zur Ukraine vorgelegt wurde, zu dem Schluss, dass die russischen Behörden Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hätten, insbesondere durch die Deportation und Zwangsüberstellung ukrainischer Kinder in von Russland kontrollierte Gebiete. Die Kommission dokumentiert 1.205 Fälle von deportierten oder überstellten Kindern, von denen fast 80 % noch nicht repatriiert wurden, während Kiew angibt, dass diese Zahl in Wirklichkeit bis zu 20.000 Kinder betreffen würde. Der Bericht hebt Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht hervor, insbesondere die Behinderung der Familienzusammenführung und die ungerechtfertigte Verzögerung bei der Rückkehr der vertriebenen Kinder. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Kultur :



65. Verleihung des Taras-Schewtschenko-Preises

Am 9. März nahm der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj in Kiew an der 65. Verleihung des nationalen Taras-Schewtschenko-Preises teil, der höchsten kulturellen Auszeichnung des Landes, die traditionell am Geburtstag des gleichnamigen Dichters verliehen wird. Diese Ausgabe markiert eine bemerkenswerte Weiterentwicklung des Preises, mit einer Erweiterung der Anzahl der Kategorien und der Einführung neuer künstlerischer Disziplinen wie Fotografie, Design oder Kunstkuration. Mit dieser Verleihung bekräftigten die ukrainischen Behörden die wesentliche Rolle des künstlerischen Schaffens für die Bewahrung der nationalen Identität und für die Weitergabe der Erfahrungen und des kollektiven Gedächtnisses des Landes in Kriegszeiten. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Klassikfestival in Ruse

Bis zum 29. März findet die 65. Ausgabe des internationalen Festivals "March Music Days" statt, eines der ältesten Festivals für klassische Musik in Bulgarien. Das 1961 gegründete Festival verwandelt die Stadt an der Donau jedes Jahr in einen Treffpunkt für Künstler und Ensembles aus Europa und der ganzen Welt. Die Ausgabe 2026 bietet ein Programm mit 18 Konzerten, an denen Musiker aus 12 Ländern teilnehmen. Es verbindet das klassische europäische Repertoire mit zeitgenössischen Werken und Ausflügen in den Jazz und bestätigt damit die Rolle des Festivals als wichtige Plattform für die Verbreitung und den internationalen musikalischen Dialog. [Fortsetzung](#)



David Hockney in London

Bis zum 23. August zeigt die Serpentine North Gallery in London eine Ausstellung, die den jüngsten und neuen Werken des britischen Künstlers David Hockney gewidmet ist. Zu sehen sind eine Reihe neuer Gemälde, die speziell für die Serpentine entstanden sind, sowie der monumentale Fries des Künstlers mit dem Titel "A Year in Normandie" (2020–2021), der erstmals in London ausgestellt wird. [Fortsetzung](#)

Bourse de Commerce Pinault Collection

"Clair-obscur" in Paris

Bis zum 24. August zeigt die Bourse de Commerce rund hundert Werke aus der Sammlung Pinault in der Ausstellung "Clair-obscur", die dem Erbe des "Chiaroscuro" gewidmet ist. Alberto Giacometti, Philippe Pareno, Victor Man, Wolfgang Tillmans und zahlreiche weitere Künstler sind in den Galerien rund um die Rotonde zu sehen, wo auch die "Carte blanche Camata" des französischen Künstlers Pierre Huyghe zu sehen ist. [Fortsetzung](#)



Die europäischen Institutionen in Châteauneuf-du-Pape

Bis zum 23. März präsentiert das Partnerschaftskomitee von Châteauneuf-du-Pape in den Gewölbekellern des Fremdenverkehrsamts und in Zusammenarbeit mit dem Maison de l'Europe in Nîmes eine lehrreiche und illustrierte Ausstellung über die Funktionsweise der Europäischen Union, ihre Geschichte, ihre Institutionen und ihre Zuständigkeiten. [Fortsetzung](#)

■ Sport :



Abschluss der Paralympischen Winterspiele in Mailand-Cortina

Am 15. März fand die Abschlusszeremonie der Paralympischen Winterspiele 2026 in Mailand-Cortina statt. Der Tradition entsprechend führte die griechische Delegation als Gründungsland der Spiele gemeinsam mit der Delegation des Gastgeberlandes Italien den Einmarsch an, gefolgt von den anderen Delegationen. Insgesamt gewannen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zusammen 90 Medaillen: 29 Goldmedaillen, 30 Silbermedaillen und 31 Bronzemedaillen. Diese Abschlusszeremonie war auch geprägt von der Übergabe der Flagge an Frankreich, das die nächste Ausgabe 2030 in den französischen Alpen ausrichten wird. [Fortsetzung](#)

■ Agenda :



16/03/2026



17/03/2026

Rat Allgemeine Angelegenheiten und Rat Umwelt (Brüssel)



18-19/03/2026

EZB-Rat (Frankfurt am Main)



19-20/03/2026

Europäischer Rat (Brüssel)



22/03/2026

Parlamentswahlen (Slowenien)



Der Buchstabe n°1147

PDF

auf Deutsch -- Ausgabe von Dienstag 17. März 2026

 **Ich lade runter**

Der Brief ist auch in den folgenden Sprachen verfügbar:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Helen Levy ;

**Catherine d'Angelo, Justin Couteaud,
Malo Chanfray, Elodie de La Vaissière**

N° ISSN: **2729-6482**

Eine Frage, eine Anregung?

Kontaktiere uns!

info@robert-schuman.eu

Chefredakteur :

Juliette Bachschmidt

Publikationschef :

Pascale Joannin

[Klicken Sie hier, wenn diese E-Mail nicht korrekt angezeigt wird.](#)

**FONDATION ROBERT
SCHUMAN**

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}